

men haben“. Dieser „Definition“ liegt zwar die „kluge“ Unterscheidung von „Statuspassage“ und „Identitätspassage“ zugrunde. Erstere meint das rechtliche Hineinwachsen in das bundesdeutsche Gemeinwesen, während letztere das Überwechseln in deutsche Kultur- und Lebensgewohnheiten bedeutet. Das Problem Fremdenfeindlichkeit scheint sich auf den Sachverhalt zu „erweitern“, besser würde man sagen „reduzieren“, daß von Staats wegen und von der Gesellschaft her die Statuspassage verweigert wird, wenn nicht die Identitätspassage, sprich die völlige Aufgabe der eigenen kulturellen Identität des Ausländers, vorausgegangen ist.

Die Autoren rechtfertigen ihre Definition mit dem Hinweis, jede andere hätte in ihren Augen „den Nachteil, sich irgendwo auf die Vorstellung einzulassen, daß die Verweigerung dieser Rechte gegenüber Ausländern etwas Legitimes sei“. Über den Daumen gepeilt käme man eher zum Schluß, dann könne man sich jede Ausländergesetzgebung sparen und Ausländer von vorneherein in jeder Beziehung und vor allem rechtlich gleich behandeln, was weder im Interesse der Aufnahmeländer noch der Ausländer sein kann.

Auch liegen die Probleme kaum in erster Linie im Rechtlichen als im Psychologischen bzw. im Alltagsverhalten gegenüber Ausländern. Gerade diese Faktoren kommen aus Mangel an empirischen Bezügen in der Studie zu kurz. Was als große Erkenntnis herausgestellt wird, daß es eine latente und „selbstverständliche“ Fremdenfeindlichkeit gibt, die erst dort offen ausbricht, wo es zur Begegnung mit dem oder den Fremden kommt, ist gängige, auch ohne jede Wissenschaftlichkeit erreichbare Erfahrung. Auch daß selbst die fremdenfeindlichsten Deutschen den Fremden und seine Kultur schätzen, solange beide außer Landes bleiben, ist eine zu offenkundige Tatsache, als daß sie lange erarbeitet werden müßte. Interessanter ist schon der Hinweis, daß Menschen fremder Kulturen in Kleidung und Auftreten gerade in der Fremde Traditionen pflegen, die sie im eigenen Land längst abgelehnt haben. se

Realpolitik

Das Echo auf die Israelreise des deutschen Bundeskanzlers war alles eher als gut, in Deutschland zum Teil schlechter als im Gastland, wo man in Helmut Kohl nicht das Entgegenkommen fand, das man vielleicht nicht erwartete, aber voraussetzte. Die bundesrepublikanische Presse war sich von der „Frankfurter Rundschau“ bis zur „Welt“ – mit Ausnahme der FAZ – von bestimmten Magazinen und Illustrierten ganz zu schweigen, so gut wie einig, die Reise sei ein „Mißerfolg“ gewesen und sie werde das stets delikate Verhältnis Bundesrepublik – Israel eher belasten als entspannen. Und von den elektronischen Medien war kaum „Positives“ zu hören. Der Bundeskanzler habe nicht den nötigen Sinn für die geschichtliche Belastung entwickelt, die das Verhältnis der Deutschen zum Staat der Juden bestimme, er sei von Peinlichkeit zu Peinlichkeit getappt und habe sich mit der Bemerkung, der erste Bundeskanzler aus der deutschen Nachkriegsgeneration zu sein, aus der *geschichtlichen Verantwortung der Deutschen gegenüber den Israelis* davongestohlen.

Daß die parlamentarische Opposition den Kanzler dabei nicht weniger schonend behandelte als die Medien, war ihr gutes Recht und verstand sich von selbst. Nur werden deutsche Staatsbesuche in Israel so oder so noch lange eine delikate Angelegenheit bleiben. Ob das Echo im Falle eines Besuches des früheren Kanzlers Schmidt in Israel selbst freundlicher ausgefallen wäre, ist mehr als fraglich. Hatte es in Israel nicht auch geheißt, man hätte es mit Schmidt leichter gehabt, er wäre als Mann der älteren Generation verwundbarer gewesen? Und leicht werden's auch die späteren Nachfolger nicht haben.

Der Besuch fand auch *von der Reihen-*

folge her unter keinen sehr günstigen Bedingungen statt. Hätte der Besuch des Bundeskanzlers, wie ursprünglich vorgesehen, vor dessen Reise nach Dschidda stattfinden können, hätte die *Frage deutscher Waffenlieferungen an Saudi-Arabien* vermutlich nicht so ausschließlich das öffentliche Meinungsbild beherrscht. So entstand in Israel der Eindruck von einer in der Waffenlieferungsfrage bereits festgelegten Bundesregierung. Tiefes Mißtrauen führte so von selbst zu einseitig negativer Reaktion. Andere Gründe mögen in der Person des gegenwärtigen Kanzlers gelegen haben.

Dennoch dürfte der Besuch in größerem zeitlichem Abstand einmal in ganz anderem Licht erscheinen. Er hat mit Sicherheit keine *neue Ära* in den deutsch-israelischen Beziehungen begründet, aber vermutlich doch eingeleitet. Der Kanzler war von einer trotz der geschichtlichen Belastungen unerschütterlichen Offenheit gegenüber seinen israelischen Partnern. Ohne sich von der geschichtlichen Schuld der Deutschen gegenüber den Juden loszusagen, versuchte er den Blick nach vorne zu richten und *möglichst normale Beziehungen* zwischen der Bundesrepublik und dem jüdischen Staat zu entwickeln. Dieser ganz und gar *realpolitische Ansatz* des Kanzlers schmerzte begrifflicherweise in Israel und wurde im eigenen Land nicht verstanden. Er dürfte aber auf die Dauer doch die allein tragfähige Grundlage auch für deutsch-israelische Beziehungen sein.

Israel ist mit einer taktischen Instrumentalisierung der geschichtlichen Schuld der Deutschen im Blick auf die eigene Zukunft kaum gedient. Und die Deutschen können ihre Außenpolitik gegenüber einer weltpolitisch so sensiblen Region wie dem Nahen Osten nicht allein von israelischen Interessen und insoweit auch nicht allein vom Bewußtsein geschichtlicher Schuld abhängig machen. Zudem kann auch in Israel nicht übersehen werden, daß der Staat Israel zwar der politische Exponent des Judentums ist, daß aber auch viele Juden eine faktische Gleichsetzung des Judentums mit dem Staat Israel ablehnen. se